

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/47

10. März 1976

Plädoyer für die Polen-Verträge

Aussöhnung darf nicht im Wahlkampf untergehen

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Mitglied
des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken

Seite 1 / 24 Zeilen

Die "Entartung" der Ursula Schleicher

Fortsetzung der CSU-Agitation gegen die Z18-Reform

Von Dr. Katharina Focke MdB
Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 2 und 3 / 52 Zeilen

Vorsicht mit dem währungspolitischen Porzellan!

Konjunkturell besteht kein Anlass zur Aufwertung der DM

Von Heinz Rapp MdB
Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 78 Zeilen

Wahlkampf ohne jede Verantwortung

Aus der täglichen Praxis des CDU-Politikers Dr. Filbinger

Seite 6 / 34 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 02 28 37 - 36
Telex: 08 88 846 - 48 pabn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Plädoyer für die Polen-Verträge

Aussöhnung darf nicht im Wahlkampf untergehen

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages und
Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken

Nach der zusätzlichen Erklärung des polnischen Außenministers zu den deutsch-polnischen Vereinbarungen müßte wohl auch für die Opposition jene Klarheit geschaffen sein, die die Regierung bereits bei dem Abschluß der Vereinbarungen in Helsinki gehabt hatte.

Die polnische Regierung hat dankenswerterweise damit noch einmal deutlich gemacht, worum es ihr und der Bundesregierung bei dem Abschluß des Abkommens ging. Umso wichtiger ist es, doch noch einmal daran zu erinnern, daß die Verabschiedung der deutsch-polnischen Verträge auch ein Wunsch der polnischen Katholiken ist. Nachdem bisher vor allem aus der der polnischen Regierung nahestehenden Pax-Bewegung positive Stimmen zu hören waren, liegt nunmehr auch eine katholische Stellungnahme vor, die der polnischen Amtskirche und dem Kardinal Wyszyński nahesteht. Diese ausführliche Betrachtung stammt von dem katholischen Historiker Andrezy Micewski. Er sieht die Gefahr, daß die CDU das Werk der Aussöhnung mit Polen für den Wahlkampf opfern könnte und erinnert daran, daß seit der Unterzeichnung des Vertrages vom 5. Dezember 1970 vieles erreicht worden sei. Gerade dieser Rahmenvertrag sei ja seinerzeit auch bei der christdemokratischen Opposition im Bundestag "bei weitgehender Enthaltung" nicht abgelehnt worden.

Episkopat und Gläubige in Polen wollen jedenfalls, daß im anstehenden Bundestagswahlkampf das nicht verloren geht, was durch die Unterzeichnung der Verträge erreicht worden ist, und sie sehen in den Folgeverträgen zwischen Polen und der Bundesrepublik einen weiteren Schritt nach vorn. Es steht für mich außer Zweifel, daß eine Ablehnung der Verträge auch nicht die Meinung des deutschen Katholizismus ist.

(-/10.3.1976/va/e/pr)

+ + +

Die "Entartung" der Ursula Schleicher

Fortsetzung der DSU-Agitation gegen die 218-Reform

Von Dr. Katharina Focke Maß

Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit

Ich hatte gehofft, daß die Phase polemischer und differenzierender Auseinandersetzungen über die Reform des § 218 längst hinter uns liegen würde, weil sich alle Parteien im gemeinsamen Ziel einig sind: Wir wollen das ungeborene Leben schützen, werdenden Müttern in Notsituationen helfen und nicht länger zulassen, daß sie oft keine andere Möglichkeit sehen als den Weg in die Illegalität.

Die Reden, die von den Vertretern aller Parteien anläßlich der Zweiten und Dritten Lesung im Bundestag zu diesem Thema gehalten wurden, spiegelten das jahrelange Ringen der Abgeordneten um eine Gewissensentscheidung wider. Niemand hat es sich leicht gemacht. Umso mehr müssen deshalb die Äußerungen der DSU-Bundestagsabg. Ursula Schleicher schockieren, die befürchtet, daß die Abtreibung zum Mittel der Geburtenregelung und Familienplanung werde. Wir haben nicht nur von Anfang an klargestellt, daß das auf keinen Fall passieren darf, wir haben auch das Notwendige dagegen getan. Ich erinnere nur an die breit angelegten und sehr erfolgreichen Aufklärungskampagnen zur Familienplanung, an unseren Großmodellversuch mit 53 Beratungsstellen und an die Informationsschriften der Ärzte. Aber mehr noch als gegen die SPD/FDP-Koalition richtet sich dieser Vorwurf von Frau Schleicher doch gegen die Frauen selbst, denen sie wieder einmal unterstellt, daß sie den Gang zu einem Arzt zum Zwecke der Abtreibung ohne viel Kopfzerbrechen, ohne Skrupel auf sich nehmen würden.

Aber auch diese Äußerungen waren Frau Schleicher noch zu milde, erst der Griff in die Sprechschuttkiste der Nationalsozialisten schien ihr adäquat. Davon zu sprechen, "daß wir in eine Gesellschaft abgleiten, in der alles erlaubt ist, aber auch in eine Gesellschaft, die entartet ist", ist

für mich schlicht eine Ungeheuerlichkeit. Abgesehen von diesem sprachlichen Ausrutscher möchte ich kritisch anmerken, daß wir heute doch keineswegs die heile Welt haben, in der wir nach Ansicht der CDU-Abgeordneten leben. Bisher haben wir folgende bedrückende, je beschämende Lage: Die Furcht vor Strafverfolgung, Schande oder gesellschaftlicher Ächtung treibt Frauen in verzweifelter Situation in die Isolation und in die Arme von Kurpfuschern. Sonst rechtstreue Mitbürgerinnen werden als Kriminelle abgestempelt. Jährlich erfolgen mindestens 75.000 - vielleicht sogar 400.000 - illegale Schwangerschaftsabbrüche unter hohen gesundheitlichen Risiken. Etwa 100 Frauen - eher mehr als weniger - bezahlen dafür jährlich mit ihrem Leben, Tausende mit ihrer Gesundheit.

Das Reformwerk wirkt dem gezielt entgegen, indem es Frauen in einer der schwersten persönlichen Notsituationen, in die sie geraten können, auf den Weg zu echtem Rat und wirksamer Hilfe führt. Im Rahmen der verbindlich vorgeschriebenen Beratung sind der Schwangeren konkrete Hilfen aufzuzeigen und anzubieten, die die Fortsetzung der Schwangerschaft und die Lage von Mutter und Kind erleichtern und es ihr vielleicht ermöglichen, sich doch noch für das zunächst ungewollte Kind zu entscheiden. Hinzu kommen zahlreiche sozial- und gesellschaftspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau. Allein das am 1. Dezember 1975 in Kraft getretene sogenannte Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetz enthält ein Bündel von Maßnahmen, um gewünschte Schwangerschaften zu ermöglichen und ungewollte Schwangerschaften zu verhindern.

Wir sind es den Frauen in unserem Lande schuldig, endlich die rechtlichen Unsicherheiten zu beseitigen und ihnen in schweren Lebensentscheidungen Rat und Hilfe anzubieten. Wer dies als "Entartung" bezeichnet, der hilft allerdings nicht, sondern schadet in höchstem Maße.

(-/10.3.1976/va/e/pr)

+ + +

Vorsicht mit dem währungspolitischen Porzellan!

Konjunkturrell besteht kein Anlass zur Aufwertung der DM

Von Heinz Rapp MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Die Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer hat in ihrer Mitteilung und Kommentaren einen Artikel über "Wechselkursstabilisierung oder Preiseniveaustabilisierung" veröffentlicht. Dazu sind meiner Ansicht nach einige Anmerkungen erforderlich, denn wer gegen die Politisierung der Wechselkurse zu Felde zieht, sollte aufpassen, daß nicht geradezu die Politisierung des Wechselkurses dabei herauskommen könnte: Auf keinem Feld der Politik ist die Gefahr sich selbst erfüllender Prophetie und des Herbeiredens des Zustands, gegen den man sich wendet, so groß wie im Währungsbereich. Wenn es im jüngsten Kommentar der Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer heißt, die Sorge sei übertrieben, daß "die Korrektur des einen oder anderen Leitkurses im europäischen Währungsverbund die Konjunkturbelebung gefährde", so wird dieser Satz trotz oder gerade wegen seiner Verschlüsselung als Schlüsselsatz erkannt werden.

Der europäische Wechselkursverbund ist auf Flexibilität angelegt, das ist wahr, und niemand hat je eine Adjustierung der Kurse grundsätzlich ausgeschlossen - hat nicht die Bundesrepublik in der Schlange zweimal aufgewertet? - wenn's nicht anders geht. Wir haben ja Gott sei Dank kein System von Staats wegen fixierter Wechselkurse zu verteidigen, sondern den Wechselkursverbund derjenigen Länder, die die größten Stabilisierungserfolge erzielt und deshalb Geduld miteinander haben können. Das System beläßt der Notenbank die Freiheit, nicht zu intervenieren, gibt ihr aber auch die Freiheit, gegebenenfalls mit der Spekulation mitzuspielen und sie mit ihren eigenen Methoden zu überspielen. Der Kommentar der Sparerenschutzgemeinschaft ist gewiß ein Manifest der "im Prinzip" lauterer Wahrheit. Nur tut man sich mit der Umsetzung der im Prinzip richtigen Lehre in konkrete Politik wiederum im Währungsbereich noch ein bißchen schwerer als anderswo.

Wenn es so klar wäre, daß der Abwertungsdruck, der zur Zeit auf den französischen Franken lastet, Reflex auf die ungebrochene Inflationsmentalität

tät des Landes und die Franc-Schwäche "keineswegs eine unbegründete Attacke" sei, so fragt man sich, weshalb um alle Welt die Franzosen sich dann gegen eine Franc-Abwertung eigentlich sperren sollten? Einleuchtender als die immer wieder mal nachgeplapperte Floskel vom Imponiergehabe des gallischen Hahns ist da denn doch wohl die Einsicht, daß angesichts der Struktur der französischen Außenwirtschaft die Sorge besteht, über steigende Einfuhrpreise könnte die Inflation erst richtig ins Laufen kommen; Die Weigerung, abzuwerten, wäre dann eher Ausdruck einer "gebrochenen" Inflationsmentalität. Und gerade wir haben - auch im Interesse der Funktionsfähigkeit des Währungsverbundes - ein Interesse daran, daß die französische Wirtschaftsbelebung nicht gleich wieder in die Preise läuft.

Wir unsererseits haben konjunkturell keinen Anlaß, aufzuwerten. Man kann nicht wie im Kommentar der Sparschutzgemeinschaft einerseits die Anpassungsfähigkeit der Auslandsnachfrage an Wechselkursveränderungen herunterspielen und andererseits und zugleich die Sensibilität der marktwirtschaftlichen Wechselkursregulierung rühmen. Wir haben Grund, auf unseren Export Rücksicht zu nehmen; die Konjunkturdaten lassen dies nicht nur zu (Geldwertaspekt), sie erfordern es auch (Beschäftigungsaspekt).

Nochmals: Marktwirtschaftliche Regulierung der Wechselkurse ist eine feine Sache, sie ist wo immer möglich, vorzuziehen. Das Adjustierungsproblem besteht heute sowieso nur noch gegenüber der "Schlange", zum Glück nicht mehr gegenüber der ganzen Welt. Ist die DM nicht gegenüber dem Dollar, dem Pfund, der Lira kräftig aufgewertet, hat der Markt den Stabilitätsvorsprung der DM nicht gehörig honoriert? Und was die konkrete Situation des Währungsverbundes in der Schlange anbelangt, so sind "erratische Bewegungen" (wie die Schutzgemeinschaft bemerkt) doch wohl zu diagnostizieren, wenn eine Währungsunruhe über zwei nicht dem Verbund angehörende Währungen auf eine Verbundwährung durchschlägt, wenn die Hektik der Spekulation über zwei Währungen - Pfund und Lira - eine Verbundwährung ansteckt: Was denn sonst könnte eine "erratische Bewegung" sein? Intervention ist da die angemessene, Adjustierung wäre die unangemessene Antwort. Daß auf längere Sicht das Auseinanderlaufen der Preisentwicklung eine andere Strategie erforderte, wird damit ja nicht abgetan.

Direkt widersprechen muß man dem Artikel der Sparschutzgemeinschaft, wenn es da heißt, die Währungsschlange habe 1975 sowieso ihre Basis verloren: Wenn wir erst mal so kurzatmig geworden wären, könnten wir Europa in den Wind schreiben.
(-/10.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Wahlkampf ohne jede Verantwortung

Aus der täglichen Praxis des CDU-Politikers Dr. Filbinger

"Wir, wir von der CDU, wir werden dafür sorgen, daß unsere Frauen auch abends wieder sicher auf die Straße gehen können." Dieser unglaubliche Ausspruch, von der berühten "Badischen Zeitung" veröffentlicht, die in Filbingers Wahl(kreis)heimat Freiburg erscheint, wurde in der Stadt Rheinfelden am Hochrhein geten.

Wie gesagt: Der, der dies sagte und wieder von dannen zog, ehe ihn jemand zur Rede stellen konnte, war nicht jemand, der endlich einmal politische, auch und vor allem sicherheitspolitische Verantwortung erstmals erstrebt und deshalb auch das unmöglich Erscheinende als erreichbar ansieht, sondern es war der Mann, der genau dies nicht erreicht hat, was er hätte erreichen können, wenn es möglich wäre: Dr. Hans Karl Filbinger, der ehemalige Innen- und Polizeiminister und seit fast zehn Jahren außerdem Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

Wenn es tatsächlich so ist, wie das Filbinger behauptet, daß nämlich in Baden-Württemberg nach Jahrzehnten christdemokratischer Verantwortung die Sicherheit im allgemeinen und besonders die der Frauen auf abendlichen Straßen nicht gegeben ist, dann sitzt der, der diesen Tatbestand jetzt ausspricht und jetzt plötzlich Änderungen ankündigt, auf der Anklagebank.

Es ist im Übrigen von Dr. Filbinger höchst verantwortungslos und deshalb auch zutiefst unchristlich, wenn er den Wählerinnen etwas vorgaukelt, von dem er genau weiß, daß es in der versprochenen Ausschließlichkeit gar nicht zu schaffen ist. Der Polizeiminister seines CDU-Bundesvorsitzenden Dr. Helmut Kohl, der rheinland-pfälzische CDU-Innenminister Heinz Schwarz, selbst auch nicht gerade ein Mann von sprichwörtlicher Bescheidenheit, ließ sich in dem von dem angeblich künftigen CDU-Pressesprecher Wolfgang Wiedemeyer verfaßten Büchlein "Gefragt: Heinz Schwarz" schon glaubhafter vernehmen. Nach einem Wortzitat auf Seite 31 meint nämlich Heinz Schwarz: "Die Vorstellung von einer Gesellschaft ohne Rechtsbrecher halte ich für eine gefährliche Illusion!"

Wenn Ex-Innenminister und Ministerpräsident Dr. Hans Karl Filbinger dennoch so tut, als übersehe er die Zunahme der Kriminalität auch in CDU/CSU-regierten Ländern und Städten, dann muß er mit seines Partelfreundes Schwarz Worten als das bezeichnet werden, was er ist: ein "gefährlicher Illusionist", und damit also untauglich für den Posten, den er heute noch einnimmt.

(fb/10.3.1976/Se/e/pr)

* * *

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller